

Saale-Beitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise bei dem Raum mit 30 Pfd., solche aus Halle mit 20 Pfd. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unteren Annahmestellen und allen Annahmestellen Expeditionen angenommen. Reflektieren die Zeile 75 Pfd. für Halle und auswärts 1 M.

Erstreckt täglich dreimal, Sonntag und Montag einmal. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telefon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmaltigen Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansonst Vierteljahrsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Um amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

für unterlagende eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Redaktion nur mit Einverständnis „Saale-Beitung“ gestattet.

Druckerei der Redaktion Nr. 1140; bei Abonnementsbestellung Nr. 1133.

Nr. 103.

Halle a. S., Donnerstag, den 3. März.

1910.

Das Recht der Künstlerinnen.

Nachtversammlung der Berliner Schauspielerinnen.

Berlin, 2. März 1910.

Die Berliner Schauspielerinnen hatten sich in verfloßener Nacht zu einem großen Protestmeeting zusammengesetzt. Das Thema, das zur Diskussion stand, lautete: „Die sozialen Probleme im Leben der Schauspielerinnen.“ Eine lange Redeleserlei lag auf dem Vorstandstisch, als kurz nach 11 Uhr die Versammlung durch Frau Schulrat Cauer eröffnet wurde. Ueber den Verlauf der Debatten wird berichtet:

Umge 10 1/2 Uhr, dem festgesetzten Beginn des Meetings, strömten ungezählte Scharen in den Saal. Bis dicht an die Bühnen fließen die Stuhlreihen, und immer drangvoller wird die Passage. Um 11 Uhr kommen die ersten „vom Bau“, und sie besetzen sich auf die Tribüne an den Vorstandstisch. Gutta Ridel, der temperamentvolle Verfasser schauspielerischer Interieurs, list lampenrednerisch an der Spitze. Von kommen in schneller Folge Frau Linde, Emanuel Reicher, Albert Raup von Lustspielhaus, Welle Sarmig, Paula Severmann, Felicia Cervigoli, der herbe Freund der Schauspieler Reichstagsabgeordneter Dr. Pfeiffer, Reichstagsabgeordneter Zietisch sowie die Abg. Dr. Heckscher und Roske.

Herr Dr. Osterrieth

weilt auf die Beschwerden in der Koffmfrage hin, auf die intolerante Behandlung von Bühnenkünstlerinnen, die sich in anderen Umständen befinden, auf die „Schontage“, die den Schauspielerinnen (im Gegensatz zu den Opernängerinnen) bisher orenthalten werden. Der Redner beleuchtet in klaren Zügen und scharfen Ausführungen, wie notwendig es sei, daß unsere Bühnenkünstlerinnen sich der modernen Frauenbewegung anschließen. Er findet verheißungsvolle psychologische Gründe dafür, daß die Frauen der Bühne sich solange selbst gegenüber den genossenschaftlichen Beziehungen einigermaßen passiv verhalten hätten, aber er freut sich, feststellen zu können, daß diese Zustände sich ändern. Er erinnert an den Anschlag von Irene Trieb, Dr. Osterrieth appelliert auch an die anderen großen Bühnenkünstlerinnen, sich der Bewegung anzuschließen und damit den minderen Kräften Mut zur Nachfolge zu machen.

Fräulein Kubner von Neuen Theater ergreift dann das Wort. Sie ist zuerst etwas ängstlich. Aber sie besetzt sich bald selbst an ihren mutigen Worten. Sie beklagt, daß der Stand der Schauspielerinnen nicht die Achtung genieße, die er brauche. Wie oft höre man sagen: „Sie ist zwar Schauspielerin, aber sie ist trotzdem eine anständige Person.“ Solche Worte seien charakteristisch für die Wertschätzung des Standes. Es gebe — so ruft die tapfere junge Dame — eine Prostitution am Theater! Sie begründet diese Tatsache mit den miserablen Gagenverhältnissen, mit der schneidenden Differenz zwischen Arbeitsleistung und Verdienst, mit dem Zwang zu ungeheuren Ausgaben für die Toiletten. Denn bei einem Engagement fänden viele Direktoren nicht so sehr auf das Talent, als auf die Toiletten. (Lebhafte Bravo.) Fräulein Kubner wird immer wärmer. Sie spricht von den Gefahren, die den jungen, darbenben Künstlerinnen drohen, von den Kräften, die sie an der Nähmaschine zwingen, um ihre Fährnisse aufzuarbeiten, von der Unmöglichkeit, mit jenen „Kollektinnen“ zu konkurrieren, die sich die Mittel zu großer Prachtentfaltung auf anderem Wege zu beschaffen wissen. Die Rednerin ruft unter überaus starkem Beifall: „Wir müssen bald streben, daß alle Rollen, auch die modernen, von der Bühnenleitung gestellt werden.“

Frau Rosa Bertens

die lebhaft begrüßt wird, das Wort. Frau Bertens sagt, stürmisch applaudiert: „Wir müssen dafür sorgen, daß weniger Damen zum Theater gehen. Früher gingen unglücklich verheiratete Damen ins Koffler, jetzt kommen sie zur Bühne.“ Frau Bertens, die mit großer Lebendigkeit spricht, wünscht auch, daß die männlichen Kollegen bei den gemeinsamen Angelegenheiten mehr auf den Rat der „vielen klugen und guten Frauen“ hören, die am Theater wirken. Die Rednerin wendet sich mit aller Schärfe gegen den „gewissenlosen dramatischen Unterricht“ mancher Bühnenschulen. (Einstimmiger Beifall.) — Eine junge Schauspielerin,

Fräulein v. Halle

erörtert die starke Inanspruchnahme der Bühnenkünstlerinnen, die nach ihrer Darstellung mit den 24 Stunden des Tages kaum auskommen und in Proben und Spielen völlig aufgehen. Sie bespricht den starken Druck auf die persönliche Freiheit, der von den Paragraphen des Kontraktes ausgeht, und wendet sich auch gegen das Agentenwesen. Auch diese Rednerin erwähnt die Toilettenfrage. Das Publikum und die Presse seien in diesem Punkt in ihren Ansprüchen rückständig. Fräulein v. Halle erörtert die Hindernisse, die der Schauspielerin in den Weg gelegt werden, wenn sie heiraten will. Sie wendet sich an die Damen im Publikum: „Sie, meine Damen, können doch alle heiraten, wann Sie wollen!“ (Rufe: Na, na! Große

Heiterkeit.) Sie beklagt die slavische Abhängigkeit, die in dieser Frage auf den spielenden Frauen lastet, und gibt Details, die hier und da etwas naiv von ihr vorgetragen werden und Heiterkeit erwecken. Sie plädiert für eine Verstaatlichung der Bühnen und schlägt mit dem Rufe: „Helfen Sie uns heraus aus der Gefährdung!“ (Bravo.)

Ridel

bestigt die Tribüne. Man merkt ihm den Verjammlungsredner an. Was er sagt, hat er selbst schon oft gesagt, aber er bringt es mit Bravour und findet ein williges Ohr. Er nennt die Liebesstände am Theater kulturfeindlich und klagt mit schallender Stimme den Deutschen Bühnenerstrebend ein vor der deutschen Kulturwelt als missig und schuldig an (Beifall) Herr Ridel kommt dann auf den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung. Er erklärt nach einigen historischen Rückblenden auf die Stellung der Frau am Theater, daß diese Stellung parallel gehe mit der sozialen Position der Frau überhaupt. Er kommt ebenfalls auf die Koffmfrage zu sprechen und fragt, warum denn nicht auch der männliche Schauspieler sich seine Kleider, der Regisseur die Dekorationen, der Souffleur das Souffrier selbst beschaffen müsse. Diese Bemerkung findet wegen ihrer hübschen Fassung Beifall, wegen ihrer inneren Unlogik aber auch Widerspruch. Ridel charakterisiert die verschiedenen Kategorien der Damen, die zum Theater drängen, und glaubt von vielen dieser Elemente die anständigen Schauspielerinnen bedroht. Aber auch er macht zugleich das Publikum mitverantwortlich, gewisse Kreise, die in der Künstlerin eine freie und willkommene Beute sehen. Der Redner ergreift aus seinen Erinnerungen einige Geschichten, die zur Klärung dienen.

Die Versammlung wird etwas unruhig, da dem Redner einige Zwischenrufe gemacht werden, als er behauptet, daß Berlin V. nur ins Reiztheater gehe, um die schönen Toiletten der Darstellerinnen zu bewundern. Er ruft zum Kampf gegen diejenigen „Künstlerinnen“ auf, die am Theater anderes als die Kunst suchen und sich nach bemühen, ihre anständigen Kameradinnen in den Gumpf zu ziehen, in dem sie selber leben. Auch die Heiratsfrage wird noch einmal erörtert, und es fallen sehr scharfe Worte gegen die Bühnenleiter, die verheiratete Schauspielerinnen ablehnen, weil sie nicht mehr eine „Attraktion“ sind. Der Redner geht weiter auf dieses Thema ein. „Es ist ja Arin, was Sie reden!“ ruft Hans Olden von der Galerie herunter. Die Vorhänge weiß diesen Zwischenruf und andere mit den Worten zurück, daß solche Bemerkungen nur auf die „Gehirnfunktionen“ der Zwischenrufer schließen lassen.

Ridel erwähnt die schon oft besprochenen Hungerkontrakte, die gewisse Direktoren abschließen, von denen besonders die weiblichen Mitglieder bedroht sind. „Ist ein solcher Direktor nicht ein Kuppler?“ Er erwähnt den Pariser Fall, in dem eine Figurantin ihrem Direktor Gage zahlte und auch Vorhänge geben mußte, und er spricht weiter von der „Jägerstätigkeit“ mancher Direktoren und Agenten, die in jeder engagierten Schauspielerin nur ein Wild sehen.

*

Die stürmisch akzeptierte Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Die im großen Saal der Philharmonie in Berlin am 1. März versammelten Männer und Frauen richten angedrungen der vielen sozialen Mißstände, die sich im Bühnenwesen ergeben und welche die weiblichen Bühnenmitglieder ganz besonders hart treffen, an den Bundesrat und den deutschen Reichstag die Forderung eines baldigen Erlasses eines Reichstheatergesetzes, welches allen Bühnenangehörigen ein Mindestmaß von hygienischem und rechtmäßigem Schutz gewährt. Den besonderen Interessen der weiblichen Bühnenangehörigen ist in diesem Reichstheatergesetz Rechnung zu tragen durch Regelung der Koffmfrage sowie durch einen größeren Schutz der Mutterschaft. Ferner werden erstrebt: Vierung des historischen und modernen Kostüms, Berücksichtigung der Schontage, Beseitigung des Schwanerichtsparagraphen sowie des Heiratsverbots; Einführung einer Mutterschaftversicherung.“

Neben dieser Forderung der Staatshilfe spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß die weiblichen Bühnenangehörigen auch das wirksamste Mittel der Selbsthilfe ergreifen und sich zu diesem Zwecke von allem ferner als bisher zusammenschließen und innerhalb der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger mit den männlichen Kollegen zur Vertretung und Förderung ihrer Standesinteressen nach Kräften arbeiten.“

Deutscher Reichstag.

46. Sitzung vom 2. März, 1 Uhr.

Eingegangen: Verlängerung des Handelsabkommens mit Schweden. Die Beratung des

Staats des Reichstags des Innern

wird fortgesetzt. Es ist zunächst abzuhandeln über die zum Staatssekretariat vorliegenden Resolutionen. Die selben gelangen

zum größten Teile zur Annahme. Abgelehnt werden nur: die Resolutionen A. Dreier (Soz.) betr. Revision der Seemannsordnung, ferner betr. stündliche Marginalarbeitszeit in Bergwerken, Schiefer- und Tongruben, ferner betr. Arbeitszeit in der Großindustrie; betr. Arbeiterurlaub im Baugewerbe; betr. einheitliche Regelung des Anknopffachwesens im Reide und betr. Regelung der Verhältnisse der Werftstätten von Privatunternehmern. Ferner werden abgelehnt eine Resolution v. Brandegs (Soz.) betr. Verankerung des Vereinsrechts, speziell Beseitigung des Sprachensprachens; agrarisch; ebenso eine Resolution, insoweit sie obligatorische partielle Arbeitsnachweise verlangt; desgl. eine Resolution v. Lieber (Soz.) betr. die Verhältnisse der Gewerkschaften, sowie eine Resolution v. Binde (Soz.) betr. die Arbeitszeit in Meiereten und Molkereien. Alle anderen Resolutionen werden angenommen. Sie betreffen u. a. die einheitliche Einführung von Maßstaben, Beseitigung der vorläufigen Regelung des Maßgewichtes, die Streit- und Ausperrungsstatistik, den sanitären Arbeitstag in der Säure- und Teerfarben-Industrie, das Verlangen nach Vorlegung eines Gesetzes über die Pensionversicherung der Privatangestellten noch in dieser Tagung, das Koalitionsgesetz für Landarbeiter, einheitliches Vergütung für das Reich, Schutz gegen Schmutzliteratur usw. Die Staatsberatung wird dann fortgesetzt bei dem Kapitel Allgemeine Fonds. Die Nationalliberalen beantragen hierzu in einer Resolution Kaisermann, die verbündeten Regierungen zu eruchen, die Gründung und Unterhaltung einer Reichsanstalt für Luftschiffahrt und Flugtechnik in Friedrichshagen möglichst bald in die Wege zu leiten. Das Zentrum erucht die Regierungen, die Gründung und Unterhaltung einer mit allen Hilfsmitteln der modernen Technik ausgestatteten Versuchsanstalt unter Leitung des Grafen Zeppelin zu veranlassen.

Die Abg. D. H. (Soz.) und G. O. (Soz.) äußern zunächst den Wunsch, daß die Berichte der künftigen Kommission zur Vorbereitung internationaler Schiffsahrtsgesetze den Mitgliedern des Reichstages zugänglich gemacht werden möchten. Daß ein Exemplar des Berichts des Reichstagsbüros überweisen werde, wie dies der Staatssekretär als gegeben feststellte, das genüge nicht.

Abg. Leber (Soz.)

empfiehlt sodann die obige Resolution einer Partei. In der geplanten Anstalt solle — in vollem Einverständnis mit den Intentionen des Grafen Zeppelin — nicht theoretisch studiert, sondern praktisch probiert und experimentiert werden, auch in der Welt. Friedrichshagen könne allein in Betracht kommen. Das große Zeppelinsche Werk sei im Süden geboren, es müsse auch dort seine Forderung finden. Auch der Resolution der Nationalliberalen würden seine Freunde zustimmen können.

Abg. Dr. Hieber (ntl.)

Unsere Anträge sind wenig verstanden. Jedenfalls muß auf dem Gebiete der Luftschiffahrt etwas geschehen. Die wissenschaftlichen Grundlagen sollen erweitert, Unterricht soll erteilt und Fortbildungen sollen abgehalten werden. Die Anstalt soll nicht ein Teil des Zeppelinschen Systems werden, sondern allein. Die Nähe großer Städte ist für Luftschiffahrtspflege nicht erwünscht. Die Regierung sollte eine Sachverständigen-Kommission berufen und auch den Grafen Zeppelin ausfragen. Wir sind ihm viel Dank schuldig. (Beifall.)

Abg. Graf Czerny-Riesewitz (kon.)

Wir vereinen in dem Grafen Zeppelin den Altkaiser der Luftschiffahrt. Aber man sollte zu den Rufen der Anstalt zu, nächst die beteiligte Industrie heranziehen und sich mit einem Reichsschutz begnügen. Die Platzfrage muß sorgfältig geregelt werden, um so mehr, da Zeppelin die Leitung abgelehnt hat. Warum will man nicht Berlin oder seine Umgebung wählen?

Abg. Delbrück (Soz.)

Das Material für die Luftschiffahrt muß das bestmögliche sein. Schon deshalb ist eine Versuchsanstalt zur Prüfung des Materials nötig. Die Verträge mit Aluminium und Holz, mit Gas und Propellern müssen fortgesetzt werden. Wir werden deshalb den Resolutionen zustimmen. Die Platzfrage sollte man jetzt noch nicht so sehr in den Vordergrund stellen. Man sollte eine Kommission ernennen, um die ganze Angelegenheit zu prüfen. Dem Dank des Vorredners an den Grafen Zeppelin für die schönen Tage am Bodensee kann ich mich nur anschließen. Mein Seemannsbezug war aber dadurch betrübt, daß wir dort die schwarz-weiß-rote Flagge vernichten. Wir dürfen uns in der Luftschiffahrt nicht von anderen Staaten überflügeln lassen, es muß da heißen: Deutschland voran!

Staatssekretär Delbrück:

Ich habe gegen die hier gemachten Vorschläge wesentliche Bedenken. Nicht bloß finanzielle. Eine Reichsanstalt würde das Reichsamt des Innern schwer belasten; es fehlt dem Reiche an Verwaltungsmitteln. Das Reich müßte also aus der Verwaltung aussteigen. Das alles kann uns allerdings nicht hindern, die Sache auch im Reiche mit Ernst im Auge zu behalten. Sie ist zu wichtig, als daß wir sie mit einem glatten Nein abtun könnten. Es sind noch wichtige Fragen bei der Luftschiffahrt zu lösen. Deshalb hat man ein eigenes Institut verlangt, eine praktische Zentralfstelle. Aber m. S. die diese Versuchsanstalt auszulasten wäre, welche Aufgaben sie zu lösen habe, ist heute noch nicht festzustellen. Ich habe die Ansicht, die in Betracht kommenden Reforts zu betragen, Sachverständige zusammenzubringen, um zu untersuchen, was zu tun sei und wie den ständigen Plänen zur Durchführung zu verhelfen sei. Auch die Frage, wo die Versuchsanstalt zu errichten sei, wird dann zu prüfen sein. Die Sache wird jedenfalls von uns mit der ihrer Wichtigkeit und dem ihr, in diesem Hause zugewendeten Interesse entsprechenden Aufmerksamkeit von uns behandelt werden.

Württemberg. Bevollmächtigter: Kocher:

Ich will auf die mannigfachen Bedenken nicht näher eingehen. Das wird in der Kommission geschehen. Graf Zeppelin hat, wie ich befürchte, kein Geschäftsbüro, das gegen die ihm

angebotene Zeitung des Instituts abgelehnt. Bei den stattgehabten Beratungen ist ebenfalls nicht daran gedacht worden, die das Doppelheft, sondern vielmehr alle Aufsichtssysteme zu fördern. Die Zusage der kommissarischen Beratung wird von der württembergischen Regierung mit Freude begrüßt, sie wird für den Gedanken ebenfalls mit Wärme eintreten.

Damit schließt diese Erörterung.
Es folgt der Titel zur Förderung der Seefischerei.
Abg. Dr. Goerde (ntl.)
Erklärt eine Resolution seiner Fraktion auf Herabsetzung der Eigenheimtarife für deutsche Seefische, in Anbetracht der schwierigen Lage der deutschen Seefischerei. Er wendet sich gegen die auf der rechten Seite erhobene Forderung einer Erhöhung des Heringszolls. Man sollte den Hering im Gegenteil verbilligen, er ist ein Nahrungsmittel.

Abg. Carstensen (Str.)
trifft zu. Zu gewissen Jahreszeiten werden von der preussischen Eigenheimverwaltung zu sehr schon Fischereizölle abgelesen. Das sollte man auf ganz Deutschland ausdehnen. Der Redner empfiehlt die drahtlose Telegraphie noch weiter im Dienste der Seefischerei zu verwenden.

Abg. Gothein (Str. Bgg.)
beantragt eine Abänderung der Resolution dahin, daß der Tarif herabgesetzt wird nicht für deutsche Seefische, sondern für Fische von deutschen Häfen aus. Mit dem Zoll wird jetzt an der Bartenfante ein großes Trara gemacht. Der Fischzoll ist durch die Handelsverträge festgelegt. Frische Fische vertragen überhaupt keinen Zoll.

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. v. Jaconquiers:
Wenn Sie eine Resolution zugunsten der deutschen Seefischer beschließen, so wissen wir, was Sie meinen; auf den Wortlaut kommt es nicht an. Mit der Tarifherabsetzung, die wir fördern, ist es nicht getan. Wir subventionieren schon jetzt notleidende Gesellschaften und werden das auch weiter tun.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (ntl.)
bittet, für eine schnellere Förderung der Fische, besonders der Gänsewallerfische, Sorge zu tragen. Die Verluste, die Abschabung mehr einzuübergern, sollten nachdrücklicher unterstützt werden.

Die Resolution wird unverändert angenommen, der Titel beilligt.
Abg. Dr. Goerde (ntl.)
bedauert, daß beim Voll dampferverkehr mit Ostasien die kleineren Linien durch die größeren benachteiligt würden.

Abg. Dr. Dahlen (Str.)
fordert eine scharfe Bekämpfung der Korbwarenindustrie.
Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (ntl.)
empfiehlt eine Erhöhung des Reichszulassungss für die Zentralfelle für Volkswohlfahrt.

Abg. Dr. Pleyer (Str.)
unterstützt die Anregung.
Abg. Dr. Müller-Meiningen (Str. Bp.)
fordert billige Volkswohlfaltungen und spricht gegen die Schmutzliteratur.

Abg. Dr. Hecker (Str. Bgg.)
verlangt billige Vorrichtungen für Arbeiter.
Staatssekretär Dr. Delbrück:
Strafmittel gegen die Schmutzliteratur wirken nur repressiv. Wir werden gegen die Schmutzliteratur nur dann wirksam sein, wenn die religiösen, sittlichen und ästhetischen Kräfte des ganzen Volkes gegen diese Genuß mobil gemacht werden. Die Zentralfelle ist kein Reichsinstitut, sie wird aber von den Landesbehörden unterstützt.

Die Abgg. Vogel (ntl.) und Reuner (ntl.) fordern billigere Frachten für deutsche Kohze, damit die deutsche Industrie der ausländischen gegenüber widerstandsfähiger gemacht werde.
Die Abgg. Wallenborn (Str.) und Baumann (Str.) bitten um Förderung des deutschen Pflanzenerzeins.

Abg. Franz-Hatibor (Str.)
empfiehlt eine Resolution, die ein Gesetz gegen das Bandenwesen dem Reichstag einbringt.
Die Verhandlung hierüber zog sich noch in die neunte Abendstunde hin.
Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung vom 2. März.
Am Ministertisch: Spohm, v. Belsen.
Vizepräsident Dr. Porck eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Etat der Bergverwaltung.

Handelminister Sydow:

Die geistige Debatte gibt mir erwünschte Gelegenheit, mich über den Fortgang der Auftrümmungsarbeiten und über die Ursachen der Katastrophe in Radob, sowie über den Stand der Untersuchung zu äußern. Ich erlaube damit ein Verprechen, das mein Amtsgang hier abgegeben hat. Nun ist die geistige Debatte allerdings noch nicht abgeschlossen. Soweit ich erfahren habe, sind die Zeugenerhebungen beendet. Ein Sachverständiger, der ohne Mithilfe der Bergbehörde ernannt worden ist, ist mit der Ausarbeitung eines Gutachtens beauftragt. Das die Auftrümmungsarbeiten angeht, so ist die Entleerung der Grube beendet. Die Auftrümmung der zweiten Sohle ist beendet, die Arbeiten erstrecken sich jetzt auf die dritte Sohle. Die Schwierigkeiten, die den Arbeiten entgegenstanden, waren außerordentlich groß. Vom Standpunkt der Bodenverwaltung hätte es nur erwünscht sein können, wenn die Arbeiten aus äußerer hätten beschleunigt werden können, damit die geminderte Förderung der Kohlen beginnen konnte. Die Aufgabe der Bergpolizei war eine wissenschaftlich andere. Sie hatte die Aufgabe der Katastrophe festzustellen und dann zu verhüten, daß ein neuer Schaden entsteht, der das Unglück noch vergrößert hätte. Es mußte alle Vorsicht bei den Auftrümmungsarbeiten beobachtet werden, damit nicht neue Explosionen entständen. Von dem Schicksal sind bisher 126 schon gestorben, 70 sind noch zu bergen. Die Bergpolizeibehörde hat die Auftrümmungsarbeiten sehr gefördert. Der Referent aus dem

Ministerium ist selbst jedesmal in der Grube gewesen. Der Bergreferent ist auf 200 Malen in der Grube gewesen. Arbeitervertreter sind auch zu der Untersuchung herangezogen worden. Später hat aber der Knappheitsrat die Entsendung weiterer Arbeitervertreter abgelehnt. (Hört! hört!) Wiewohl ist das Unglück durch Spalten, die man jetzt festgestellt hat, entständen. Man hat große Wassermengen in diese Spalten hineingeschüttet, die vollständig in den Vertiefungen verschwunden sind. Das Oberbergamt hat und wird auch nicht bei den gerichtlichen Untersuchungen ihren Beamten Auslösen verweigert. Es sind jetzt auf der Grube eine ganze Reihe von Verbesserungen zur Sicherung gegen ähnliche Unfälle eingeführt. Damit, daß den Witwen in Radob die Spende um die Verhältnisse ihres verlorenen Kindes gelöst wird, hat das Ministerium nichts zu tun. Die für die Witwen gesammelte Spende steht unter privater Verwaltung. Wir haben kein anderes Interesse in der Radob-Angelegenheit, als daß die Ursache unparteiisch festgestellt wird und daß Vorbeugungsmaßnahmen gegen ähnliche Unfälle getroffen werden. Man berührt auch getrennt die Rentabilität der festgestellten Gruben. Die gemachten Vorschläge zu einer größeren Rentabilität werden eingehend geprüft werden. Die Arbeiterlöhne sind in unseren Gruben trotz der allgemeinen Depression nicht zurückgegangen. Die Gestaltung der Löhne muß sich aber nach der Konjunktur richten. Aus allgemeinen Wirtschaftsrücksichten kann ich nicht die Höhe in der Höhe sehen. Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe darf man dabei nicht aus dem Auge verlieren. (Zustimmung.) Die Behandlung der Arbeiter muß billig, ernst und menschenwürdig sein. Den sozialdemokratischen Antrag zur Regelung der Beziehungen der Bergarbeiter in den einzelnen Betrieben bitte ich abzulehnen. Dies Material würde an den Betriebsräten nichts helfen können, es würde nur zu Wahnreden verwendet werden. (Beifall.)

Abg. Korfant (Bsp.)
Man sollte den Arbeitern mehr Einfluß bei der Bergwerkskontrolle einräumen. Die Klagen der Bergarbeiter über ihre Behandlung durch die Unfallversicherungsanstalten sind berechtigt. Die deutschen Knappheitsräte zeigen ungebührliche Animosität gegen die polnischen Bergleute, die sie als eine verlorene, trunksüchtige, arbeitslose Gesellschaft hinstellen. Die Regierung muß die Löhne der Bergleute aufheben. Ausländischen Bergleuten dürfen keine Quotenbeschränkungen gemacht werden. Die ober-schlesische Kohlenindustrie wird jetzt durch die englische Konkurrenz schwer geschädigt. Zum guten Teil ist das auf den polnischen Boykott zurückzuführen. Wir haben im Interesse der polnischen Bergarbeiter vom Boykott abgeraten. Aber der Reichstagler vergißt sich und sendet ein provozierendes Telegramm an den „Deutschen Tag“ in Katowitz. (Der Redner schlägt erregt auf das Pult.) Nun sehen Sie die Folgen.

Abg. Imbusch (Str.)
fordert ausreichende Garantien für die Geheimhaltung der Wahlen der Knappheitsräte. Der sozialdemokratische Antrag renne nur offene Lügen ein. Herr Reinert benannte sich gestern ostentativ als Arbeiter, uns als Renommierarbeiter. Zugleich sagte er aber, daß unsere Partei uns den Eintritt in das Parlament erschwert habe. Wenn wir Renommierarbeiter sind, so hat doch die Partei nur ein Interesse daran, uns möglichst zu erleichtern, hier als ihre Renommierarbeiter aufzutreten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Herr Reinert hat getrennt als freimülliger Anwalt der nationalliberalen Partei gesprochen. Das ist politisch interessant. (Zustimmung im Zentrum.) Die Sozialdemokratie hat meinen Gehorsam verdient, er habe sich mit 90 gegen den Antrag von den Arbeitern beschließen lassen. Die Sozialdemokratie gebietet sich immer als alleinige Vertreterin der Bergarbeiter. Aber sie hat Gelder, die für die notleidenden Bergarbeiter während des Streiks gemacht waren, den russischen Revolutionären zugewandt und die Bergleute in der Not sitzen lassen. (Hört! hört!) Die Verdienste des Zentrums um die Arbeiter werden Sie mit Ihren demagogischen, gefühligen, verheißenden und unehrlichen Angriffen nicht aus der Welt schaffen; am letzten Ende wird doch die Wahrheit und die Gerechtigkeit siegen; die Gerechtigkeit und Wahrheit der Zentrumspartei. (Leb! Beifall im Str.)

Abg. Schmieding (ntl.)
In der niedrigeren Rentabilität der Bergwerke sind die höheren Löhne nicht schuld. Im Ruhrrevier haben wir höhere Löhne und niedrige Konzentrate. Trogend ist die Rentabilität trotz gut. Mit Freuden konstatiere ich, daß der Arbeitsergebnis im Ruhrrevier nicht beeinträchtigt worden ist. Die Arbeiter werden eben schon die erfreuliche Wirkung dieses Arbeitsergebnisses spüren. Das Zentrum tut so, als ob es die Sonne sei, die alles gute ausstrahlt, das bringe die christliche Weltanschauung mit sich. Das Zentrum ist aber nicht allein im Besitz dieser christlichen Weltanschauung. (Leb! Zustimmung.) Fürst Bismarck war kein Katholik und kein Zentrumsmann, und gerade aus dem praktischen Christentum heraus hat er die große Arbeiterfürsorgegesetzgebung begründet, wie sie keine Nation hat. Der Redner wendet sich dann gegen den Abg. Gronowski. Dessen Ton sei gefährlicher, als der der Sozialdemokratie. Die arbeitervereindliche Politik sei die Domäne des liberalen Zentrums. Das Zentrum stelle eine Scheide-Wand auf zwischen deutscher und englisch-fachlicher Bildung. Es sondere sich ab und gebe heute mit den Polen und morgen mit den Franzosen zusammen. (Sehr richtig! bei den Radl.) Was Herr Reinert getrennt über Herr Gronowski sagte, hat mir sehr viel Vergnügen gemacht. Herr Gronowski war vor der Wahl zu den Sozialdemokraten außerordentlich höflich. Der höfliche Ton hätte aber sofort auf, als er mit Hilfe der Sozialdemokratie gewählt war. So harmlos waren übrigens die Verpflichtungen des Herrn Gronowski nicht, wie er es jetzt darstellen möchte. Auch ich halte die Sozialdemokratie für eine Gefahr. Aber mir ist ein offener christlicher Abend viel lieber als derjenige, der seinen fanatischen Haß gegen mich mit dem Mantel der christlichen Weltanschauung decken möchte. Alle Günden, die das Zentrum begeht, werden am Ende der katholischen Kirche in die Schube geschoben werden. (Lachen im Str.) Das Zentrum hat aus eigener Kraft beim Ansturm der Sozialdemokratie nirgends widerstanden können. Wo es das verurteilt, bedeckt immer ein großes Trümmersfeld die Kampfplätze. Dieses Trümmersfeld wird noch größer werden, wenn Sie den Kampf gegen mich in der jetzigen Weise fortführen. (Leb! Beifall links; Widerspruch im Str.)

Abg. Götting (Str. Bp.)
Das Zentrum und die Sozialdemokraten haben hier beim Bergetat Wahlrechtsdebatten provoziert. Angefangen hat das Zentrum. (Widerspruch im Str.) Wir machen die Wahlrechtsdebatten hier nicht. Die Klagen über die Unübersichtlichkeit des Berggesetzes teilen wir, wie wir auch den Klagen der Erträge der Bergverwaltung bedauern. Nötig ist eine weitere Exploration der Braunsteinlager in Polen und Ostpreußen. Wenn auch die bisherigen Bohrungen keinen Erfolg hatten, so sollte man sie deshalb doch nicht aufgeben. Die Entdeckung der Industrie im Osten kann dadurch nur gefördert werden. (Beifall links.)

Abg. Hoffmann (ntl.)
Der Abg. Gronowski rechnet es uns als besonders schweres Verbrechen an, daß wir in Wülshelm zugunsten des Sozialdemokraten eine Parole ausgegeben haben. Das ist nicht wahr. Nur

eine kleine liberale Versammlung hat dort beschlossen: Das Zentrum freie Stimme! Was hat das Zentrum bei den letzten politischen Wahlen getan? In Speyer-Zulassungsgesetz, in Neubrück-Landau, in Solingen-Kempfeld hat das Zentrum die Sozialdemokratie gegen die anderen bürgerlichen Parteien unterstützt. Bei den Reichstagswahlen von 1907 hat das Zentrum den Sozialdemokraten 12 Mandate verschafft. In Hamm-Gösten haben beide Parteien sogar eine gemeinsame Siegessfeier veranstaltet. (Leb! Hört! hört!) Nun im Zentrum: Vom Bergetat ist die inaktive gesprochen, also werden Sie mir auch jenen erlauben müssen, sich darauf zu äußern. (Zustimmung links.) Oder verlangen Sie etwa nur für sich die Redefreiheit? Das Zentrum hat zuletzt ein Recht, hier über die Verfassung des Tens sich zu äußern. Von wem geht denn die Verfassung des Tens aus? Ich zitiere Sie: „Vom Zentrum!“ (Vormünder Müller sprach im Zentrum. — Lebhaftes Echo richtig! links.) Was ist die Sache nach dem Ausbruch Ihres Augustinus-Bereins erlernen, der sich über die Arbeit des Tones der Zentrumspresse bedauert? (Lebhaftes Hört! hört! links.) Ja, da sind die Herren aus dem „Germania“, schrieb beim Sturz des Fürsten Bülow, er habe den Kaiser gehetzt, wie ein Schloßhund. Selbst die „Zeitung“ Volkszeitung“ hätte sich bejammert, eine solche tolle Entschlüsse zu leisten! (Sehr richtig! links.) Das Zentrum unterstützt überall die nationalfeindlichen Elemente: Wäfler, Wäfler, Polen — die Polen nur deshalb nicht, weil sie nicht katholisch sind. (Heiterkeit.) Haben Sie schon den Artikel vorgelesen, mit dem die ultramontane „Donauwarte“ die Geburt des ersten Sohnes der Kronprinzessin begrüßt? Die Geburt erfolgte 13. November der Höhezeit, das Blatt aber stellte sich, als siege die Erde in Wäden zurück und knüpfte daran einen geradezu schamlosen Kommentar. (Der Redner verliest die Stelle unter lauten Pfeif-Rufen der Redten und Nationalliberalen.) Wo hat ein liberales Blatt, wo auch nur ein sozialdemokratisches Blatt solche Gemeinheit zu Tage gefördert? Herr Reinert hat bei seinem Urteil über das Zentrum dessen gute Eigenschaften nicht berücksichtigt, in mander Hinsicht können die anderen Parteien vom Zentrum lernen! Aber recht hat Herr Reinert mit seinem Worte von dem Mangel an Wahrhaftigkeit beim Zentrum und recht hat auch Treitschke, wenn er sagt: Jeder Bundesgenosse des Ultramontanismus ist am letzten Ende der Betrogene. (Stürmischer Beifall bei den Nationalist.)

Abg. Gronowski (Str.):
Ueber den Ton läßt sich streiten! Was hat Herr Hofmann hier für Töne angefangen? Gerade er ist mit Sprengelungen in unsere Versammlungen eingedrungen! (Zurufe: Unnah!) Wir stehen an Vaterlandsliebe niemand nach. Vor hundert Jahren wurde ein sogenannter Ultramontane, Andreas Hofner, erschossen. So werden auch wir Zentrumsteile für unsern Glauben, für Gott, Kaiser und Vaterland alles hergeben, wenn es sein muß (Lebhaftiger Beifall im Zentrum.)
Die allgemeine Befragung schließt.
Besonders bemerkt Abg. Bohm (ntl.): Es ist unrichtig, daß ich die erwähnte Zentrumsvorstellung gehört habe. Unterteil in der Verlesung hat sich nur bewegen erhoben, weil uns so Wort abgesprochen wurde. Ich habe aber nur Ruhe gemagt.
Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Fortsetzung).
Schluß 5 Uhr.

Deutsches Reich.

Zur Anwendung des Reichsstempelgesetzes.

Der Bundesrat hat genehmigt, daß in denjenigen Fällen, in denen die bei der ersten Ausgabe von Wertpapieren mit diesen vor dem 1. August 1909 in Verkehr gebrachten Gewinnaufstellungen und Zinsbogen auf einen kürzeren als zehnjährigen Zeitraum lauten, die Reichsstempelabgabe von den zur Erneuerung dieser Bogen ausgegebenen Bogen aus Billigkeitsrücksichten verhältnismäßig um so viel, als der an dem bezeichneten Zeitraum fehlenden Anzahl Jahre entpricht, gekürzt und die Erhebung des hiernach verbleibenden Steuerbetrages bis nach Ablauf dieses Zeitraumes ausgesetzt werde.

In Bezug auf die sogenannte Talonsteuer hat der Bundesrat beschlossen, daß, wenn aus Anlaß einer stempelrechtlichen Erneuerung von Wertpapieren, aus Anlaß einer Verlegung des Geschäftsjahres oder aus anderer gefühlvoller Veranlassung neue Gewinnmittelscheine oder Zinsbogen unter Einziehung von Bogen ausgereicht werden, die erst nach dem 31. Juli 1909 ausgefallen sein würden, die neuen Bogen von der Talonsteuer frei bleiben, falls der neue Bogen von der Veranlassung die neuen Bogen ausgehen sind, vor dem 1. Juli 1909 gefaßt ist und die neuen Bogen den Zeugnissberechtigten vor dem 1. August 1909 zur Verfügung gestellt sind. Umfallen die neuen Bogen Scheine für eine größere Anzahl Jahre, als bei den alten Bogen der Fall war, und beruht dies auf Anordnungen, die nach dem 9. Juli 1909 getroffen sind, so ist, soweit dies zutrifft, die Stempelabgabe verhältnismäßig zu entrichten.

Zur Verchiebung der Amerikanischen Ausstellung

in Berlin auf das Jahr 1911 wird mitgeteilt, daß Dienstag Abend an das deutsche Ausstellungsamt folgendes Telegramm gelangt ist:
„Amerikanisches Komitee sagte Entschluß voller Ueberzeugung, besonders nachdem letzter Tage maßgebende Aussteller, insbesondere Standard Oil, Union Pacific, United States, Maxwell, zahlreiche Maschinenfabrikannten, zurückgegangen. Wünschenswerte Staatssekretäre aus diplomatisch genügen aber Kaufmännisch nicht. Amerikanisches Exekutivkomitee bleibt bei Entschluß, bitte dieses Telegramm veröffentlichen. Amerikanisches Exekutivkomitee.“
Hierauf ist am gestrigen Vormittag geantwortet worden:
„Sprechen nach Auffassung dortigen Komitee volles Vertrauen und besten Dank aus. Zu weiterer Mitarbeit, deren Unterlagen nunmehr bei voraussetzlichen Sommerbesuch amerikanischem Komitee in Deutschland zu schaffen sind, freudig bereit. — Deutsches Exekutivkomitee.“

Ja Bauer, das ist etwas anderes.

Ein Beispiel dafür, wie freundlich sich die Vermögensbesitzer und Großgrundbesitzer im Bund der Landwirte des kleineren Bauern annehmen, erzählt die „Freie Ztg.“:
„Im westpreussischen Kreise Rosenberg, nahe der Grenze zwischen den Provinzen West- und Ostpreußen, war

* Das Kaiserpaar hat seine Teilnahme an der Sechshundertjahrfeier der Stadt Stolp in Pommern am 6. und 7. September zugeleigt.

* Der Kaiser hat durch den preussischen Geandten Grafen Goege von Hamburger Bürgermeister Dr. Burdach aus Anlass von dessen fünfundsiebzigjährigem Jubiläum als Senator sein Bild mit den besten Glückwünschen überreichen lassen.

* Der ehemalige Oberhofmeister der Kaiserin Friedrich Graf Göhr von Sedenorf ist in Berlin im Prinzessinnenpalais, 68 Jahre alt gestorben. Er erlag einer Lungenerkrankung, die er sich vor einigen Tagen zugezogen hatte.

Ausland.

Cheshire und Leirenthal.

Die Aussprache, die in der Vorwoche in Berlin zwischen dem Grafen Leirenthal und dem Reichsminister v. Bethmann-Hollweg stattgefunden hat, findet in einem Leitartikel der „Neuen Freien Presse“ einen bemerkenswerten Nachhall. Dieser Artikel ist in mehrfacher Beziehung interessant; er befaßt sich mit der Stellung des deutschen Botschafters Herrn v. Tschirschky an Wiener Hofe. Das Blatt bemerkt, daß sich um Herrn v. Tschirschky in der letzten Zeit ein ganz besonderes Interesse gebildet habe. Man habe zuerst von einem politischen Eitelfreier gesprochen, habe dann am Hofsal zwischen dem Botschafter und dem Grafen Leirenthal entstanden sei, habe dann erzählt, daß Herr v. Tschirschky ein Gegner der Politik des Grafen Leirenthal sei und nicht wünsche, daß sich das Deutsche Reich zu deren Unterstüttung verpflichte. Schließlich habe man den angebliehen politischen Gegensatz zwischen den beiden Diplomaten zu persönlicher Gegnerschaft auswaschen lassen. Die „Neue Freie Presse“ konstatiert nach dieser Auseinandersetzung mit Befriedigung, daß diese Gerüchte ein entgegengesetztes Dementi gefunden haben, ebenso wie die Nachricht, daß in Berlin zwischen Leirenthal und Bethmann-Hollweg die Verhältnisse der letzten Zeit ein ganz besonderes Interesse gebildet habe. Man habe zuerst von einem politischen Eitelfreier gesprochen, habe dann am Hofsal zwischen dem Botschafter und dem Grafen Leirenthal entstanden sei, habe dann erzählt, daß Herr v. Tschirschky ein Gegner der Politik des Grafen Leirenthal sei und nicht wünsche, daß sich das Deutsche Reich zu deren Unterstüttung verpflichte. Schließlich habe man den angebliehen politischen Gegensatz zwischen den beiden Diplomaten zu persönlicher Gegnerschaft auswaschen lassen. Die „Neue Freie Presse“ konstatiert nach dieser Auseinandersetzung mit Befriedigung, daß diese Gerüchte ein entgegengesetztes Dementi gefunden haben, ebenso wie die Nachricht, daß in Berlin zwischen Leirenthal und Bethmann-Hollweg die Verhältnisse der letzten Zeit ein ganz besonderes Interesse gebildet habe. Man habe zuerst von einem politischen Eitelfreier gesprochen, habe dann am Hofsal zwischen dem Botschafter und dem Grafen Leirenthal entstanden sei, habe dann erzählt, daß Herr v. Tschirschky ein Gegner der Politik des Grafen Leirenthal sei und nicht wünsche, daß sich das Deutsche Reich zu deren Unterstüttung verpflichte. Schließlich habe man den angebliehen politischen Gegensatz zwischen den beiden Diplomaten zu persönlicher Gegnerschaft auswaschen lassen.

In der Verbindung, die die „Neue Freie Presse“ dem Dementi gibt, liegt das habe Eingeständnis, daß das Verhältnis zwischen Leirenthal und Herr v. Tschirschky nicht frei von jedem Konflikt ist, und daß anlässlich des Besuches des österreichischen Ministers des Auswärtigen in Berlin eine lebhafte Auseinandersetzung mit den dortigen Stellen stattgefunden haben dürfte. Die „Neue Freie Presse“ meldet, Graf Leirenthal habe in Berlin in Herrn v. Bethmann-Hollweg einen Staatsmann kennen gelernt, der sich selbständig zurechtzufinden wolle, und ein Botschafter, der unter einem Kanalar von selbständiger Auffassung diene, könne keine eigene Politik betreiben, und deshalb müsse Herr von Tschirschky mit dem Grafen Leirenthal einig sein. Gemisse Leute hätten gelauscht, daß Oesterreich, als es mit Rußland in Verbindung trat, von Deutschland abdrücken wollte.

Kleine Tagesnachrichten.

Ein japanischer Kriegshafen in Korea. Aus Tokio wird gemeldet: Die Japaner begannen den Bau eines enormen Hafens nebst erstklassiger Befestigung mit außergewöhnlich starken Forts im koreanischen Hafen Utschinai. Für die Ausrüstung der Festung sind 10 Millionen Yen angewiesen.

Ende des Straßenbahnverkehrs in Philadelphia. Die Ordnung in Philadelphia ist wieder hergestellt, die Staatspolizei ist zurückgezogen worden. Die Beilegung des Straßenbahnverkehrs ist nach dem mehrere Großkaufleute als Vermittler eingetreten sind, als unmittelbar bevorstehend angesehen.

Weitliche Politik. Wie der „Newport Herald“ aus Newport meldet, hat der neue Bürgermeister von Indianapolis, Mr. Spant, ein Dekret veröffentlicht, wonach er die südliche Polizei einstellen will.

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 3. März.

Die Schwimmbad-Vorlage

wird in Kürze den Bauauschuss beschickt; dann darf man endlich hoffen, daß dieses Projekt, das seit mehr als 15 Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt, nun auch wirklich in absehbarer Zeit greifbare Form gewinnt.

Aus unserem Leserkreise geht uns dazu folgender beachtenswerter Artikel zu: Vor einigen Wochen war in der „Saale-Zeitung“ zu lesen, daß der Magistrat ein neues Projekt zur Errichtung eines Schwimmhallen-Bades habe ausarbeiten lassen, und dieselbe dem nächst der Stadtordeordneten-Versammlung zur Genehmigung vorlegen wolle.

Dieser Nachricht hat in einem großen Teil der Bürgerschaft sehr angenehm berührt, was doch damit endlich einem Wunsch Rechnung getragen, auf dessen Erfüllung man schon seit einer ganzen Reihe von Jahren vergeblich wartete. Wie einmütlich, haben die Stadtordeordneten vor 2 Jahren das Schwimmhallen-Projekt, welches damals einen Kostenaufwand von 1 Million vordah, dieser hohen Summe wegen abgelehnt. Da der neue Entwurf auf ca. 500 000 Mark — bekanntlich sind davon 50 000 Mark durch eine Stiftung schon bedeckt — vorliegt, darf man wohl hoffen, daß sich unsere Herren Stadtväter diesmal der Vorlage inympathisch gegenüber stellen und einem schon längst gefühlten Bedürfnis abhelfen werden.

Gerade für Halle als Universitätsstadt mit 2000 Studenten und mit Rücksicht auf die zahlreichen Schulen usw., ist eine solche Schwimmhalle als eine direkte Notwendigkeit zu bezeichnen. Andere Städte mit oft viel kleinerer Einwohnerzahl haben Halle darin längst überflügelt. So erfreuen sich z. B. folgende Städte: Vahen, Altona, Mühlentien, Augsburg, Barmen, Berlin, Bochum, Bonn, Bremen, Breslau, Dessau, Dortmund, Duisburg, Döbeln, Düsseldorf, Eisenach, Eisleben, Frankfurt a. M., Gelsenkirchen, Gießen, Göttingen, Halberstadt, Hamburg, Hannover, Köln, Krefeld, Leipzig, Magdeburg, Minden, Nordhausen, Quedlinburg, Solingen, Stuttgart, Stuttgart des Völkchens von Schwimmhallen, die durchweg recht eifrig frequentiert werden.

Und für Halle kann man unbedingt auf einen guten Besuch rechnen und sicher erwarten, daß wenn auch für dieses gemeinnützige Institut kein Ueberflüssiges erlangt wird, so doch wenigstens in absehbarer Zeit die Betriebskosten um, durch die Einnahmen für Bäder einigermaßen gedeckt werden. Ja, man kann sogar annehmen, daß die vorgelegene Schwimmhalle in Anbetracht unserer großen Einwohnerzahl nach mehreren Jahren nicht mehr ausreichen und sich abnorm das Bedürfnis nach Erbauung eines zweiten Bassins herausstellen wird. Da tut man gut, dies bei Zeiten zu berücksichtigen und das jetzige Projekt so zu gestalten, daß man bei dem eintretenden Notwendigkeit eine zweite Schwimmhalle ohne Schwierigkeit anbauen kann. Diese könnte dann ausschließlich für die Frauen reserviert bleiben, während bei nur einer Schwimmhalle der Betrieb gewöhnlich hergestellt gesetzt wird, daß für Damen bestimmte Stunden vorgeschrieben werden.

In einer Anzahl Städte, ist es übrigens üblich, daß man während einiger Stunden in der Woche die Bassins zu einem ganz billigen Preise (5—10 Pf.) für Volksglieder freigelegt; dies dürfte sich auch für Halle mit seiner großen Arbeiterbevölkerung empfehlen. Vielleicht findet sich für dieses gelegentliche soziale Werk jemand, der die Mittel hergibt, um die Vorkosten zu ermöglichen.

Wenn die Halle einmal erst vorhanden ist, dann wird sich auch bei in unserer Stadt bisher nur in den Sommermonaten möglich gewesene Schwimmport erheblich erweitern und außerdem werden sich eine Anzahl Schwimmvereine, auch Damen-Abteilungen, bilden, die sich die planmäßige Pflege dieses schönen Sports angelegen sein lassen. Die Schwimmvereine können sich natürlich nicht nur durch den allgemeinen Wassergenuß für den Körper, denn von allen ärztlichen Autoritäten ist es ausdrücklich anerkannt, daß nichts dem Tarnen gerade das Schwimmen die gefundeste aller Leibesübungen ist. Insbesondere werden durch vernünftige Ausübung des Schwimmports nicht nur die Herzen erfrischt und Vitalisierung wie Verbauung gefördert, sondern auch Herz und Lunge in ihrer Tätigkeit wesentlich gefördert. Kurzum Körper und Geist werden erquickt.

Naturngemäß gibt es bei jeder neuen Vorlage, so auch hier Gegner, die namentlich vom Standpunkt der Sauberkeit aus Bedenken hegen. Hierzu ist zu entgegen, daß selbstverständlich die Wahrung der peinlichsten Keitlichkeit oberster Grundsatz eines solchen Hallenbaues sein muß; jedoch kann man wohl ohne weiteres annehmen, daß dieser Standpunkt auch bei uns in Halle rings durchgeführt wird, denn sonst würde es nicht mit dem Selbstbewußtsein übereinstimmen, das man bei der Erneuerung des Bades in der Woche mindestens zweimal erneuert wird, d. h. das Bassin nach in bestimmten kurz bemessenen Zwischenräumen vollständig entleert und mit frischem Wasser wieder angefüllt werden. Außerdem muß dafür gesorgt werden, daß der Wassertritt stets frischläuter ist, was in den anderen Städten dadurch erreicht wird, daß durch ein etwa artifizielles Ausfließen ununterbrochen frisches Wasser zufließt, während durch eine Anzahl Löcher dicht unterhalb des oberen Bassinrandes ein entsprechendes Quantum Wasser permanent abfließt. Außerdem muß durch das Luftströmungsfeld rings darauf geachtet werden, daß niemand zum Bassin Zutritt erhält, der nicht jeden Körper vorher vollkommen gedübelt hat. Zu dem Zweck müssen im Vorraum der Halle Douchen und Fußabwässer, deren Benutzung jedem Badenden unbedingt zur Pflicht gemacht werden muß.

Wenn dies alles beachtet wird, dann wird das Wasser in der Schwimmhalle stets so klar sein, daß sich nicht die geringste Unreinlichkeit oder Unangenehmlichkeit zeigt und man bis auf den Grund des Bassins, selbst an der tiefsten Stelle, blicken kann. So, man kann es ruhig ausprechen, daß sorgfältige Pflege der Sauberkeit büßten die Schwimmhallenüberwinder ebenso angenehm sein, wie manche Fluß- oder Teichbäder, welche bekanntlich bisweilen durch Unwässer oder Verunreinigung verschiedener Art zu leiden haben. Im Uebbrigen wird hoffentlich das Projekt derart gefördert, daß der Betrieb nun bald, möglichst schon im nächsten Winter, beginnen kann. H. Egg.

Staatswissenschaftlicher Ferienkursus Halle S. 16.—22. März.

In den Tagen vom 16.—22. März 1910 findet ein staatswissenschaftlicher Ferienkursus in Halle statt, der durch das Entgegenkommen von Rektor und Kurator in den Räumen der Universitäts- und des Auditoriengebäudes abgehalten werden kann.

Es werden sieben oder acht Vorträge der Innerlichkeit über allgemein interessierende Themen in drei bis sechsstündigen Vorlesungen sprechen. Die Vorlesungen sind für jedermann, Damen und Herren, zugänglich und finden von 10—11 Uhr mittags und 4—8 Uhr nachmittags statt. Der Eintritt kostet pro Stunde 50 Pf. Das Programm wird noch bekannt gegeben (durch Inserat).

Felmatik.

Gelegentlich des Provinzialtagung wird unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten a. H. Engel am Dienstag, den 8. März, im Schloßgartenpavillon in Merseburg von dem Provinzialkonservator Landesbaaurat Hieke ein Vortrag über heimatische Bauweise und Heimatik in der Provinz Sachsen (unter Vorführung von Lichtbildern) gehalten werden.

Darauf wird der Direktor des sächsischen Museums für Natur- und Heimatkunde Professor Dr. Mertens-Magdeburg einen Bericht über die Förderung der Heimatik in der Provinz Sachsen in den letzten zwei Jahren erstatten, ebenfalls mit Vorführung von Lichtbildern.

Das Ende des Winterfahrplans.

Der jetzige Winterfahrplan wird der letzte seines Bestehens sein. Ein Sommerfahrplan wird nach den Beschläüssen des Vereines deutscher Eisenbahnverwaltungen überhaupt nicht mehr eingeführt. Es gibt zwar am 1. Mai auf den deutschen Eisenbahnen einen neuen Fahrplan. Dieser wird aber nur als Fahrplan vom 1. Mai 1910 bezeichnet. Ein neuer Fahrplan werden den Fahrplan gleich 1910/11. Dieser Frühfahrplan soll für das ganze Jahr gelten. Die im nächsten Winter eintretenden Veränderungen sollen schon in dem Fahrplan vom 1. Mai berücksichtigt werden. Ergeben sich während des Sommers nachträgliche Veränderungen, so werden diese auf einem Ergänzungsblatt mitgeteilt, das Anfang September erscheint.

Diese Veränderungen sind die Folge eines Beschlusses der letzten europäischen Eisenbahntagung in Straßburg. Die Eisenbahndirektion Eisenach hatte dort den Antrag gestellt, nur noch einmal im Jahre einen Fahrplan auszugeben, zu veranlassen und einen Fahrplan am 1. Mai herauszugeben. Es soll dadurch eine größere Stetigkeit im Fahrplan und in den Dienstleistungen des Zupersonals, größere Pünktlichkeit und Betriebsicherheit sowie Ersparnisse an Druckkosten erreicht werden, wie dies auf den preussischen Bahnen schon seit einer Reihe von Jahren für Güterzüge mit Erfolg ver-

fern des großen Gefährtes und in der Nähe der Städte D. Glau, Rosenberg und Gaalfeld (Stippweizen), liegt die D. Dröschung namens Solina. Vor noch etwa 10 bis 15 Jahren hatte dieses Dorf eine Anzahl kleiner Bauernhöfe, ferner befanden sich dort eine Schule, ein Galtshaus und eine Glashütte. Heute findet man an dieser Stelle nur ein einzelnes bewohntes Gehöft, dessen Bewohner ein Privat- und Fischereiwasser ist und ein altes, verfallenes Fischer- und Bauernhaus. Die Wege zu diesem Orte, die und unbeweglich sind, sind vollständig von Gras und zum Teil durch die Ähren an, daß sie auf ihnen nur selten wachsen; man sieht es ihnen an, daß sie im Winter vielleicht ein Gehöft benutzt werden. Kein Wegweiser oder Wegzeichen vom Wanderer die Richtung an. Der nächste Ort ist das Dorf, der adlige Rittergutsbesitzer, Maader sein Gebiet vergrößern wollte, hat nach und nach die Wohnungen der einzelnen kleinen Bauern aufgekauft, und heute ist er der Herr der gesamten Gegend, aber ein früherer hiesiges Dorf ist vom Erdboden verschwunden.

Und wie heißt dieser Bauerneid? Er heißt v. Döbenburg, herrscht auf Januscha und er behauptet auf die Händelsetzung vor einigen Wochen die Mauth, sich nicht vom Bauernbund verführen zu lassen, sie verdanken ja alles Gute dem Bunde der Landwirte.

Parteinachrichten.

Das amtliche Wahlergebnis in Wülfsheim-Wülfsberg liegt jetzt vor. Danach wurden bei dem am 28. Februar im Wahlkreise Wülfsheim-Wülfsberg-Gummerbach nachgeordneten Reichstagswahlbezirk insgesamt 34 881 Stimmen abgegeben. Davon erschienen Wahlberechtigte Marx-Döbberitz (Zentrum) 21 496, Schöffelherle Edmann-Rühl (Soz.) 13 385 Stimmen. Ersterer ist zum Mitglied gewählt.

In sächsischen Landtage brachte gestern die freilinnige Partei einen Antrag auf Neuergleichung des gesamten sächsischen Beamtenrechts ein, das zurzeit auf beiden alten Gesetzen von 1835 und 1876 beruht. Sämtliche Parteien der Zweiten Kammer stimmen für den Antrag. Die Regierung legte zu, in die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf einzutreten. Ferner brachten die Nationalliberalen und die Konserverativen einen Antrag auf Revision des gesamten Verwaltungswesens ein, der gleichfalls von der Kammer unterstützt wurde. Auch hier zeigte sich die Regierung entgegenkommend und verspricht eine Neuergleichung.

Kleine politische Nachrichten.

Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für das Landwehr und die Festungen und für Handel und Verkehr sowie die vereinigten Ausschüsse für Rechnungswesen, für das Landwehr und die Festungen, für das Seewesen und für Handel und Verkehr hielten gestern eine Sitzung ab.

Ueber die Angelegenheit der Gräfin Bedel-Rettels soll von Berlin aus Bericht eingeholt werden sein.

Die Meldungen über eine schwere Erkrankung des jungen Fürsten Bismarck

entprechen, wie die „Samb. Nachr.“ erzählen, nicht den Tatsachen. Der junge Fürst leidet seit einiger Zeit an einer leichten Nierenaffektion, die jedoch zu keinerlei ernstlichen Besorgnissen Anlaß gibt. Eine Operation, von der in den Zeitungen gesprochen wird, ist nicht in Aussicht genommen. Ebenso war die Frau Fürstin weder mit einer Tochter noch mit dem Fürsten Otto in der Schweiz.

Das Preisanschreiben des Sanjabundes

gilt dem Interesse des in schwerem Kampfe befindlichen deutschen gewerblichen Mittelstandes. Das Präsidium des Bundes hat für die drei besten Arbeiten über die Frage: Durch welche praktisch durchführbaren Maßregeln kann das durch Errichtung und Betrieb feingewerblicher Unternehmungen erforderliche Anlage- und Betriebskapital beschafft werden? drei Preise von 2000, 1000 und 600 Mark ausgesetzt.

Eine kleine „Verwaltungsreform“

Zur Entlastung der Oberpräsidenten haben die zuständigen preussischen Minister in einem Erlass vom 23. Februar 1910 die Aufhebungsbefugnis zum Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 wie folgt abgeändert: Die höhere Verwaltungsbehörde, der nach §§ 2—6 die Bildung der Standesamtsbezirke, die Bestellung der Standesbeamten und stellvertretenden Standesbeamten, sowie die Erteilung der im § 4 Absatz 1 und 2 erwähnten Genehmigung zugeht, ist der Regierungspräsident, im Stadtkreis Berlin der Oberpräsident. Diese Bestimmung tritt mit dem 1. April 1910 in Kraft.

Der Beitrag für Arbeiterstatistik

muß einberufen werden, sobald das Reichsgesundheitsamt das Gutachten erlangt hat, das von ihm gefordert ist hinsichtlich der gesundheitlichen Wirkung von gewissen Leistungen auf Hilfsarbeiter des Binnen-Schiffahrtsgewerbes. In den beschäftigten Bestimmungen der Arbeitnehmer vor dem Beitrag für Arbeiterstatistik muß das Gesundheitsamt nicht zugezogen werden. Die nachstehende von ihm begreifene Leistung war nur mit Unterstützung der Berliner Polizeibehörde zu bewerkstelligen.

Dem deutschen Tabakverein

hat das Reichsgesundheitsamt nach der „Südd. Tabakzeitg.“ auf seine Eingabe vom 12. Februar 1910 erwidert, daß es die Bundesregierung ersucht habe, die Grenzpostellen anzuwenden, auf Antrag der Tabakverarbeiter Verabreichungen und Gesamtanmeldungen über ausländische Tabakfabriken, die nach und nach wiederum auf hiesige Art eingeführt werden, bis zur Abfertigung der letzten Tabakpost in Vorbereitung zu nehmen.

Die Beschuldigungen gegen die Versteigerung in Danzig

die der loslambertische Abg. Geering erhoben hat, werden im „Vorw.“ trotz der Erklärung des Staatssekretärs v. Tirpitz nicht erlassen, daß die Unterlegung des in das Eis geschlagenen Lochs nicht Befragtes ergeben habe. Die Gewährsmänner des Abg. Geering behaupten, „daß die Unterlegung sehr mangelhaft ausgeführt worden ist. Sie dauerte kaum eine halbe Stunde und wurde mit Stangen und Werkzeugen vorgenommen, wie zu diesem Zwecke nicht geeignet waren. Trotzdem fand man ein Stück gutes Segeltuch von sieben Meter Länge, ein zwei Meter langes Kupferrohr, ein gewandenes Kupferrohr von drei bis vier Meter Länge, zwei Säue und Schlammteufel usw.“

Ein Studentenstreik in München.

Ein Streik der Studierenden ist in der königlichen Akademie in München ausgebrochen. Ein Akademiker wurde von drei hiesigen Studenten überfallen. Da der Senat der Akademie nicht auf Reklamation der drei Studenten erkannte, beschloßen fünfzig Akademiker, den Besuch der Vorlesungen einzustellen, bis der Senat anders erkannt hat.

Letzte Nachrichten.

Bürgerliche Offiziere bei der Garde.

□ Berlin, 2. März. (Priv.-Tel.) Mit der Einstellung jüngerer bürgerlicher Offiziere wird bei der Garde bereits der Anfang gemacht. Wie das „Militärwochenblatt“ meldet, sind zwei bürgerliche Portepeuoffiziere als Leutnants in zwei Garde-Infanterieregimentern eingeteilt worden.

Ein Nachklang zu Sebels Geburtstag.

H. Bremen, 2. März. Eine Bremer Lehrervereinigung hat am 1. März die 470 Personen Besicht war, nahm mit allen gegen 14 Stimmen eine Resolution an gegen die Demonstrationen des radikalen Flügelns zu Sebels Geburtstag und aus Anlaß des Prozesses gegen den sozialdemokratischen Lehrer Hofmeier.

Zu den Demonstrationen am 13. Februar.

H. Frankfurt a. M., 2. März. Wie die „Volksstimme“ meldet, hat das Amtsgericht gegen Leute, die am 13. Februar an den Straßendemonstrationen am Hohenollernplatz teilgenommen haben, wegen groben Unfugs Haftstrafen von 5 Tagen und mehr verhängt. Hiergegen soll gerichtliche Entscheidung beantragt werden.

Zum Code verurteilt.

□ Hensburg, 2. März. (Priv.-Tel.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte den 30 Jahre alten Julius Schreiner, der in der Nacht zum 24. Oktober in dem Dorfe Juckahn bei Hensburg die Frau des Eigentümers Lorenzen ermordete und den Eigentümer selbst und seinen Sohn zu töten verfuhr, zum Tode und fünfzehn Jahren Zuchthaus. Das Motiv zur Tat war Rachgüt.

Vom braunschweigischen Landtag.

H. Braunschweig, 2. März. In der heutigen Landtags-Sitzung wurde mitgeteilt, daß die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten der Meinung sei, daß die braunschweigische Verfassung infolgedessen einen Mangel enthalte, als während der Abwesenheit des Regenten kein Stellvertreter vorgelesen ist. Da jedoch die Mehrheit der Abgeordneten die Ansicht beifolgt, daß eine Verfassungsänderung nur in Anwesenheit des Regenten vorgenommen werden kann, wurde die Beratung bis zum Herbst vertagt. — Bei der heutigen Landtags-Sitzung wahl zwischen den Rechtsanwältinnen Thiemann und Jasper (Sozialdemokrat) erhielt ersterer 54 und letzterer 40 Stimmen. Thiemann ist somit gewählt.

Folgen schwerer Zusammenstoß.

H. Kettlinghausen, 2. März. Auf der Strecke Kettlinghausen-Buer fuhr infolge Nebels ein Strahenschwamm auf einen andern auf. Die beiden Wagen wurden total zertrümmert. Der Oberkontrolleur, zwei Wagenführer und sieben Passagiere wurden schwer verletzt.

Holland und die Schiffsahrtsabgaben.

H. Amsterdam, 2. März. In nachgehenden Kreisen, Hollands ruft die von der preussischen Regierung angebotene geplante Umformung zu einem Staffeltarif keinerlei Veränderung in der streng ablehnenden Haltung gegenüber den Schiffsahrtsabgaben hervor. Nicht die Höhe der Abgaben ist es, die man bekämpft, sondern das Prinzip der Abgaben selbst.

Zur Einberufung der griechischen Nationalversammlung.

H. Athen, 2. März. In den mehrfachen Verhandlungen zwischen Theotokis, Rallis und dem Ministerpräsidenten Dragumis über die Nationalversammlung wurde unter Anerkennung der Mängel, die dem Regierungsprogramm anhaften, die noch nicht erfolgte Ausarbeitung eines Konstitutionsvorschlages durch eine gemischte Kommission beschlossen.

Türkische Postbeamte.

H. Konstantinopel, 2. März. Vom Staatsgericht erster Instanz wurden sämtliche Beamte des türkischen Postamts in Stutari systematischer Diebstahls an Postgebern für schuldig befunden. Der Postdirektor und sein Adjunkt stahlen allein 334 000 Piaster. Mehrwöchiger Verhaftung wurden die ungetreuen Beamten nur zur Zuriderstattung der gestohlenen Gelder verurteilt.

Kompromittierende Dokumente.

H. Konstantinopel, 2. März. Der „Tanin“ veröffentlicht kompromittierende Dokumente über die revolutionäre Organisation in Griechenland. Diese Dokumente wurden in Tanina einem verhafteten angesehenen Griechen abgenommen.

Vermischte Drahtnachrichten.

H. Paris, 2. März. Das senkrechte Luftschiff „Colonel Renard“ hat heute zum ersten Male seit seiner Rückkehr nach Rheims einen Aufstieg unternommen. Der „Colonel Renard“ umkreiste die Stadt, sowie den Turm der Kathedrale. Die an ihm vorgenommenen Veränderungen betrugen hauptsächlich:

H. Stockholm, 2. März. Die Königin von Schweden reist morgen nach Deutschland und begibt sich über Berlin nach Karlsruhe, wo sie am 15. d. M. eintrifft. Der König ist nahezu wiederhergestellt.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Letzte Nachrichten und Sport: Erik Waldow; für den Feuilleton-Teil: Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Anzeigen-Teil: Friedrich Paulsen; Druck u. Verlag von Otto Henkel.
— Jede Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

fucht worden ist. Auch der Winterfahrplan für die Personenzüge unterscheidet sich von dem für den Sommer wesentlich durch den Wegfall der Züge, die durch die härteren Verhältnisse vorgezogen sind. Meist kann deren Weglassung schon bei der Aufstellung des Fahrplans von 1. Mai in Aussicht genommen werden. Auf den Wunsch der Vertreter Oesterreichs und Italiens, die an dem Winterfahrplan natürlich ein größeres Interesse haben, wurde beschlossen, die Fahrpläne für den Winter mit der Wagenstellungslangsamkeit zu verbinden und dieser damit die Eigenart als Fahrplankonferenz zu verleihen. Die Winterkonferenz ist dagegen als einzige größere Konferenz für die Aufstellung des Sommerfahrplans beizubehalten worden.

Die Oberförsternmeister

der hiesigen schießenden Schützenvereine sind in den Tagen vorerzogen zu einer beratenden Sitzung zusammen. Zunächst wurde Bericht erstattet über die Generaverammlung des Provinzial-Schützenbundes, dem die Gesellschaften als Mitglied angehören. Danach findet das diesjährige Provinzial-Bundesfest in den Tagen vom 22. bis 26. Mai in Vornbach statt. Damit verbunden ist die Weihe eines neuen Bundesbanners, für das vom Bunde 500 Mark ausgeworfen worden sind. Das nächstjährige Bundesfest findet in Hemsfeld statt. Die hiesigen Gilden stifteten für das Vornbacher Bundesfest einen Preis von 75 Mk. in bar, außerdem einen Fahnenanzug für das Banner.

Das Mittelweilbacher Bundesfest wird in den Tagen vom 3. bis 10. Juli in Berlin-Schöneberg abgehalten. Zum ersten Male wird hier das Gesellschaftsfest (Konferenzschützen und Bogner) mit Armeegewehren ausgeführt, eine Neuerung, die wohl zu beachten ist. Die Beteiligung hiesiger Schützen an diesen beiden größeren Schützen dürfte eine große sein.

Dann legte man die größeren Schießen für dieses Jahr fest. Danach hatten große Königsschießen ab: Gießblei am 24. bis 26. Juli, Schützen am 21. Juli bis 2. August, Flögel am 7. bis 9. August, Glaucha am 14. bis 16. August; kleine Königsschießen: Flögel am 21. und 22. August, Gießblei am 4. und 5. September, Glaucha am 25. u. 26. September. Ferner finden größere (Preis-) Schießen statt: Gießblei und Flögel am 28. u. 29. März (Osterschießen), Schützen am 10. u. 11. April (Stichtungsschießen), Gießblei am 17. bis 19. April (Weißblei), Flögel am 24. bis 26. April und am 1. bis 3. Mai (Weißblei und Zontanenschießen), Glaucha und Flögel am 16. und 17. Mai (Flügelsschießen), Flögel am 5. u. 6. Juni (Weißblei), Flögel, Preis- und Flögelsschießen, Gießblei am 9. Oktober, Flögel am 22. Oktober (Weißblei und Flögelsschießen), Glaucha am 30. Okt. (Weißblei), Flögel am 13. November und 25. Dezember (Weißblei und Flögelsschießen).

Der Schützenbund und Glaucha führen ihre Schießen auf dem Schießplatz „Birchhain“, die Flögel auf dem „Fälzer Schützenhof“ und Gießblei auf dem „Rudolf am Golgenberg“. Die Neumarktschützenvereine halten ihre Schießen auf dem „Birchhain“, was je tritt damit nicht so hervor wie die übrigen Gilden. Man sieht, daß in schießsportlicher Beziehung in unserer Stadt zur Genüge geboten wird.

Bei der Abiturientenprüfung der hiesigen Oberrealschule bestanden folgende Oberprimaner: Walter Bogner, Wille Berner, Robert Brenner, Otto Graf, Ernst Dietel, Walter Gaudlich, Kurt v. Göben, Ernst Grotzsch, Walter Heine, Viktor Koll, Otto Siebold, Wilhelm Steinhorn, Richard Starz, Alois Strecker.

Personalien aus dem Oberprokuraturbezirk Halle. Angenommen sind zu Referenten der Präfektur Ernst Häntel in Göttingen und der Uhrmacher Lampe in Frankfurt a. M. Ernannt ist zum Referent der Postämter Max Richter in Halle. Versetzt sind die Postsekretäre Liebigang von Halle nach Sangerhausen, Maxmann von Halle nach Mühlhausen-Glabach, die Oberassistenten Jochen und von Artern nach Stolberg und Jochen von Halle als Postverwalter nach Klostermansdorf. In den Ruhestand tritt der Postsekretär Ehrlich in Halle.

Der Deutsch-Evangelische Frauenbund hat eine öffentliche Versammlung am Freitagabend im Gemeindefeuss Albrechtstraße 27. Fräulein v. Bennigsen-Samwerde, die 2. Vorsitzende des D.-Ev. Frauenbundes spricht über „Die Bedeutung der Frauenvereine“. Gäste, auch Herren, sind willkommen. Der Eintritt ist frei.

Arbeitsjubiläum. Der Kellermeister Herr Hugo Eisenhut feierte gestern sein 25jähriges Dienstjubiläum. Ein Bierfestjahrsfest wurde ihm als Kellermeister bei der Weinbergbau- und Bierfabrik Schulze & Bienen, Zuhaber Hugo Bierner, tätig. Die Handelskammer überreichte dem Jubilar ein Diplom, die Gelsen und das Personal bereitetem ihm eine Feier.

Provinzial-Nachrichten.

Steuererhöhung.

Eisleben, 2. März. Der für das Rechnungsjahr 1910 aufgestellte Rämmerlei-Etat schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 770 000 Mk. ab, gegen 655 900 Mk. im Jahre 1909. An Steuerzuschüssen zu den Kanalisationen sollen 215 Prozent (gegen 200 Proz. im Jahre 1909) und zu der Einkommensteuer 200 Proz. (gegen 180 Proz. im Jahre 1909) erhoben werden. Als Kanalisationen sind 50 Proz. der Gebäudesteuer festgesetzt.

Es sei daran erinnert, daß auch im Jahre 1907 215 Prozent der Realsteuer und 200 Proz. der Einkommensteuer erhoben wurden.

Ueber den Ankauf des Niederbayer Baches

seitens der Stadt Magdeburg wird der „Magd. Ztg.“ folgendes geschrieben:

Die Verhandlungen, die seit Anfang des Jahres zwischen dem Magistrat und der königlichen Forstverwaltung über den Verkauf des Niederbayer Baches schwanden, haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Stadt den nördlich der Eisenbahn gelegenen Teil des Baches mit der Waldfläche und einem schmalen Wiesentstreifen an Ottend für 650 000 Mark zu bequemen Zahlungsbedingungen erhalten kann. Berücksichtigt man, daß dieser Teil des Baches im Ueberflussumgebiet liegt, so erscheint der verlangte Preis reichlich hoch, da er für den Morgen ca. 1000 Mark ausmacht. Bezüglich des kleineren südlich der Eisenbahn gelegenen Teils ist ein Preis noch nicht festgesetzt. Dieser Waldteil bedeckt ein Areal von etwas mehr als 500 Morgen, das ebenfalls als Bauland in Frage kommt. Es würde an sich sehr geeignet sein, um der Stadt das ihr fehlende größere Villenquartier zu schaffen, zu dem der Anfang schon durch die Willen an der Herrenstrasse gemacht ist. Der bisher für diesen Teil geforderte

Preis von 2000 Mark für den Morgen wäre für Villenbau land auch nicht allzu hoch. Sollte die Stadt vorziehen, sich auch den südlichen Bache als Wald zu erhalten, so darf sie mit einem erheblich niedrigeren Preis rechnen, da sich der Zustand in diesem Fall mit seiner Forderung nach der von ihm für den nördlichen Teil des Baches erheben würden wird, und der Käufer für den südlichen Bache die Abfindung für die Waldfläche wegfällt, die in die erdewürdigen 650 000 Mark eingeschlossen ist.

Steuerzuschläge.

□ Magdeburg, 1. März. Mit der Ueberreichung des Entwurfs des Rämmerleihaushaltplans für 1910 erludt der Magistrat die Stadterordneten, sich mit der Erhebung von 180 Prozent Zuschlag zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer, 100 Prozent Zuschlag zur staatlich veranlagten Betriebssteuer und 2,46 Proz. pro Mille des gemeinen Wertes der Grundfläche (= 200 Proz. Zuschlag zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer) — das sind die alten Steuerzuschläge — einverstanden zu erklären.

Unter dem Verdacht des betrügerischen Bankrotts

1. (Weißblei), 1. März. Unter dem Verdacht des betrügerischen Bankrotts wurden hier die Schuhfabrikanten Karl Krause und Richard Schmidt verhaftet.

Staat und Städte.

Welm, 1. März. In der heutigen Sitzung des Landtags kündigte ein Regierungsvertreter einen Gesetzentwurf an, wonach alle größeren Städte des Großherzogtums dem Funktionsbereich der Bezirksdirektion entzogen und dem Ministerium unmittelbar unterstellt werden.

Schwindel.

Leipzig, 2. März. In einem hiesigen Hotel ersten Ranges stieg am letzten Februar ein sehr elegant und vornehm auftretender Herr ab, der sich Thomas Agnew nannte und für den Inhaber der Firma Thomas Agnew & Sohn in Berlin ausgab. Er übergab dem Hotelführer einen Brief über 1800 Mark, der die Unterschrift eines hiesigen Geheimen Hofrats trug, und ließ sich darauf ein Darlehen von 300 Mark ausahlen. Der angegebene Agnew entfernte sich dann und ließ sich nicht wieder blicken. Es stellte sich dann heraus, daß die Unterschrift des Hofrats gefälscht war. Man muß nicht annehmen, daß „Mr. Agnew“ ein Hochstapler ist. Er ist etwa 1,80 bis 1,85 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar, ebenförmlich kurzgeschneittenen Schnurrbart und roteletzte Leber. Selbstverständlich haben die sehr ansehnliche Firma Thomas Agnew & Sohn in Berlin und ihre Inhaber mit dem Schwindel nicht das geringste zu tun.

Ordensverleihungen

in der Provinz.

Dem Baubeamten der Magdeburger Gewerkschaften, Bauart Erdmann Vetter zu Eisleben, ist der Rote Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Varrer, Superintendenten a. D. Dr. Wilhelm Harnisch zu Eisleben der Rote Adlerorden vierter Klasse, dem Generalarzt a. D. Dr. Gustav Rindner zu Kassel der königliche Kronorden zweiter Klasse, dem Stadtbauverwalter Friedrich Hörnecke zu Magdeburg der königliche Kronorden vierter Klasse, dem Kirchendirektoren und Kirchenassistenten, Gewerkschaftsprobierer a. D. Wilhelm Wenzel zu Eisleben das Kreuz des Algemeinen Ehrenzeichens sowie dem Holzarbeiter Gustav Siederhand zu Halberstadt das Algemeine Ehrenzeichen verliehen.

! Sangerhausen, 2. März. (Zugzusammenstoß.) Gestern Abend 9 1/2 Uhr fuhr ein von Nordhausen kommender Güterzug auf einen im hellen Bahnhof zur Abfahrt nach Halle bereit stehenden Güterzug auf, wodurch mehrere Wagen entgleisten und beschädigt wurden. Personen sind zum Glück nicht verletzt worden. Eine hinter dem Güterzuge stehende Lokomotive hat den ersten Anprall ausgehalten, sonst wären jedenfalls arge Verwüstungen vorgekommen. Der Zusammenstoß soll auf unrichtige Erteilung der Einfahrt zurückzuführen sein.

Bad Schmiedeberg, 1. März. (Brand eines Sägewerks.) Heute nacht 1/2 Uhr wurde die hiesige freiwillige Feuerwehr alarmiert. Es brannte das Dampfplager des Zimmermeisters Warnede hier. Als die Wehren von hier und der Umgegend auf der Brandstätte eintrafen, war nichts mehr zu retten. Die in der Nähe liegenden Bretterhöfe blieben jedoch verschont.

S. Mühlhausen, 28. Febr. (Eine Steuerermäßigung von 10 Proz.) wird, wie verlautet, für das nächste Geschäftsjahr den Stadterordneten vom Magistrat und der Finanzkommission vorge schlagen werden.

! Rositz, 2. März. (Zum Ausdruck der vier Reichsausstrahlungen) wird noch gemeldet, daß der Strahlung Müde bis jetzt noch nicht erloschen ist. Der Ausbruch ist langer Hand vorbereitet worden. Es sind einige entlassene Strahlungen betriebl., darunter ein von Reichsflammen der, der sich am Ausbruchstage mit einem Jubiläum anzugabe am Gewässer bei der Strahlung aufgehalten hat und den Versuch Müde überlegen hat, ebenso auch Baragd. Müde soll dann mit Hilfe eines aus Ballenstedt stammenden entlassenen Aufstausstrahlungs von Ballenstedt aus weitere Mittel zur Flucht erhalten haben.

Gerichtsverhandlungen.

Wegen Beleidigung des Bürgermeisters.

Erfurt, 1. März. Die Strafammer verurteilte den Kaufmann Möggen wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Trenmann in Mühlhausen i. Thür. zu 4 Monaten Gefängnis.

Arsfeld, 2. März.

Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte die hiesige Strafammer den Weinsäbler Van der Penne, der wegen zahlreicher auffeherregender Betrügerien angefaßt war, zu 1 Jahr Gefängnis bei sofortiger Verbannung.

Erfurt, 2. März. Die hiesige Strafammer verurteilte den Oberverwaltungsbeamten Reinhold von der Königl. Gewehrfabrik wegen Unterschlagung ihm anvertrauter Spargelder zu 2 Jahren 5 Monaten Gefängnis.

Unterhaltungsblatt.

Frau Reunant. Erzählung von Heinrich See. (Fortf.) — Verbrechenhände. Kriminalistische Erzählung von A. von Waldhufen. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik.

Zuffahrt.

Vortrag über Luftfahrt vor dem Kaiser. Im Juli-...
ministerium zu Berlin hielt am Dienstag im Gegenwart des
Kaisers sowie einer großen Anzahl hoher Militärs, Gehe-

Vermischtes.

Wer hat Andreas Hofer erschossen?

Anlässlich des hundertjährigen Todesstages An-
dreas Hofers werfen die „Neuen Tiroler Stimmen“ die
Frage auf, wer Andreas Hofer zu Mantua erschossen hat.

Zum Lawineneinbruch in Amerika.

Aus Spokane im Staate Washington kam die Mel-
dung, daß ein Erprobungsgeschütz der Artillerie-Einheit in
der Nähe von Cheney (Washington) von einer Schneelawine

Dynamitmaterial auf einen Oberen. Nach Meldungen
aus Gronow in war ein bisher noch nicht ermittelter
Mann auf den Oberen des 33. ungarischen Infanterie-

Die Feuerwehr im Kampf gegen Vatten. In Finkenber
Gemeinde wurde dieser Tage eine regelrechte Vattenjagd
abgehalten. In dem Hause des Anwohners L. hatte sich dies fährliche

Ein gefährlicher Automobilunfall, bei dem die Gat-
tingen des Schriftstellers Ludwig Ganghofer und des
Dichters Alexander verletzt wurden, ereignete sich auf
der Kirchstraße in Berlin.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)
3 Uhr 10 Minuten. Kredit 212,37, Diskonto 197,75, Deutsche
Bank 258,37, Berliner Handelsgesellschaft 180,75, Dresdner Bank

Zum Kurszettel. Berlin, 2. März. 4% Badische Staats-
Anleihe 08/09 108,18 108,18 4% Bayerische Staats-Anl. 101,50B
Bayrische Staats-Anleihe 08 101,18 102,10G 4% Schwarz-

Der Kalk-Kuxenmarkt.

Table with columns for Gold, Briar, Tuzo, and other items, listing prices in Berlin, den 2. März.

Ostdeutsches Rohleisensyndikat.

Aus Beuthen (O.-Schl.) wird telegraphiert:
Das Oberschlesische Rohleisensyndikat hat gestern seine
Umwandlung in das Ostdeutsche Rohleisensyndikat beschlossen,

Die Neue Deutsch-Böhmische Eisbahngesellschaft Akt.-Ges.
verwendet auch diesmal ihren Überschuss nur zu Abschreibungen.

Leipzig. Wollkammerel. In der Generalversammlung er-
klärte die Verwaltung, dass wegen der Differenzen mit der Nord-

Die deutsche Ausfuhr von Automobilen und deren Bestand-
teilen hat in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht.

Waren und Produkte.

Getreide.
Berliner Produktenbörse 2. März. Am Frühmarkt notierten:
Weizen inländ. 224,00 228,00 ab Bahn und frei Mühle, Roggen inl.

Zucker.

Table with columns for Hamburg, 2. März. Rübenzucker, 1. Produkt, Basis 88%, Rendement neu Usanoo, frei an Bord Hamburg.

Kaffee.

Table with columns for Hamburg, 2. März. Good average Santos, abends vorm. nachm.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 2. März. Kartoffelmehl u. -Stärke 20,50-21,00. Feuchte
Stärke 10,40.

Spiritus.

Nordhausen, 2. März. Brantwein 40 Vol. Proz. für 100 kg
105-109 l) 85,50-86,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (109-107 l)

Fettwaren und Öle.

Köln, 2. März. Rböl loko 50,00, per Mai 68,50.
Hamburg, 2. März. Städtisches 75/90, amerik. Steam 66,00
Chamberlain 68,50.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 2. März. (Städtischer Schlachtviehmarkt).
Amlicher Bericht (der Direktion) Es standen zum Verkauf: 473
Kälber, 2975 Kälber, 1548 Schafe und 15 168 Schweine.

Chemische Produkte.

Hamburg, 2. März. Chlinalpeter per loko 8,67 1/2, Febr.-März
8,90 frei. Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 2. März. Baumwolle still. Upl. loko middl. 75,75 Pf.
Liverpool, 2. März. Aegyptische Baumwolle per März 15,27.
Alexandria, 2. März. Aegyptische Baumwolle per März 30,19

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.
New York, 2. März. 2.3. 1.3. Chicago, 2.3. 1.3.
Weizen p. Mai 122 1/2, 123 1/2, Weizen p. Mai 114 1/2, 114 1/2

Schiffsnachrichten.

Nordeutscher Lloyd in Bremen.
(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)
Schmaldampfer Bremen-New York: Kaiser Wilhelm der
Grosze 23. Febr. 5 Uhr 55 Min. von Cherbourg. — Mittelmeer-

Wasserstände.

Table with columns for Hann and Unstrut, listing water levels for various locations like Arnim, Brückenpegel, Nebra, Oberpegel, etc.

